

Berlin, Dienstag,

den 5. August 1879.

Dieses Blatt erscheint in der Woche
zweimal.

Abonnements-Preis:

vierteljährl. f. Berlin 7 Mark 50 Pf.,
für ganz Preußen, das übrige Deutsch-
land und ganz Oesterreich 9 Mark.

Insertions-Gebühr:

die dreigespaltene Zeile 40 Pf.

Berliner Börsen-Zeitung.

Alle Postanstalten nehmen Bestellungen auf dieses Blatt an; für Berlin die Expedition.

Als Gratis-Beilagen erscheinen
außer anderen
tabellarischen Uebersichten
eine Zusammenstellung
aller Submissionen,
Allgemeine Verlosungs-Tabellen
und Restanten-Listen.

Die einzelne Nummer kostet 25 Pf.

Expedition der Börsen-Zeitung: Berlin W., Kronenstraße No. 37. — Annahme der Inserate: in der Expedition.

Telegraphische Depeschen.

München, 4. August, Nachmittags. (E. L. C.) Sitzung der Abgeordnetenkammer. Bei der Beratung der Gehührensordnung gab der Finanzminister v. Meißel eine übersichtliche Darstellung der Bayerischen Finanzlage und bezifferte dabei die in den Einnahmen zu erwartenden Ausfälle auf rund 25,327,000 Mk., wozu vorwiegend noch eine Erhöhung der Ausgaben hinzukommen werde. Der Ertrag der Zollreform im Reich werde später die Verteilung eines Betrages von etwa 95 Millionen an die Einzelstaaten ergeben, im nächsten Jahre werde zunächst nur auf einen Betrag von 60 Millionen zu rechnen sein, es würden davon also etwa 11, resp. 7 Millionen auf Bayern entfallen, so daß für nächstes Jahr ein Deficit von etwa 16 Millionen zu decken bleibe.

Dresden, 4. August, Nachmittags. (E. L. C.) Die in der heutigen Ausschlußsitzung der Dresdener Bank vorgelegte Gesamtbilanz weist einen Reingewinn von 666,000 Mk., d. h. 14 pCt. aus.

Wien, 4. August, Nachmittags. (E. L. C.) Die „Polit. Correspondenz“ meldet aus Bukarest, daß das letzte russische Infanterie-Regiment in Silistria nach Neud eingeschifft worden wäre, woselbst 30,000 Mann russische Truppen der Weiterbeförderung vermittelst der Eisenbahn harrten. — Nach der „Polit. Correspondenz“ sind in Oesterreich im ersten Halbjahre 1879 ein directes Steuern 43,028,000 fl., das ist 1,338,000 fl. mehr als in der gleichen Periode des Vorjahres, eingegangen. Die Einnahme an indirecten Steuern betrug im ersten Halbjahr 1879 81,194,000 fl. oder 5,286,000 fl. mehr als in der gleichen Periode des Vorjahres.

(Siehe auch in der I. Beilage.)

Ämtliche Nachrichten.

Der Kaiser hat im Namen des Reichs ernannt: den General-Feldmarschall und General-Adjutanten Edwin Freiherrn von Mantaußel zum Kaiserlichen Statthalter in Elsaß-Lothringen; den Unter-Staatssecretär im Reichskanzler-Amt für Elsaß-Lothringen Carl Herzog zum Staatssecretär des Ministeriums für Elsaß-Lothringen mit dem Range eines Staats-Ministers und dem Prädicate Excellenz; zu Unter-Staatssecretären und Abtheilungsvorständen im Ministerium für Elsaß-Lothringen, und zwar: der Abtheilung für Inneres, Cultus und Unterricht den vortragenden Rath im Reichskanzler-Amt für Elsaß-Lothringen Geheimen Ober-Regierungs-Rath Albert von Pommer-Este, der Justiz-Abtheilung den ersten Generaladvocaten an Kaiserlichen Appellationsgericht zu Colmar Maximilian von Püttamer, der Abtheilung für Finanzen und Domänen den Königlich Bayerischen Ministerial-Rath Dr. Georg Mayr.

Der Kaiser hat im Namen des Reichs an Stelle des auf sein Ansuchen entlassenen Vice-Consuls Walter den Kaufmann Hermann Malcomesh zum Vice-Consul in Cassi London (Capland) ernannt.

Der König hat dem Secunde-Lieutenant im Garde-Füsilier-Regiment Falk den Adel verliehen.

Der König hat den Regierungs-Assessor Paul Friedrich Hugo Sautel zu Wülheim a. d. Ruhr zum Landrath des Kreises Mülheim a. d. Ruhr ernannt.

Dem ordentlichen Lehrer Dr. Louis Schwidow an Altkatholischen Gymnasium zu Königsberg i. Pr. ist der Titel „Oberlehrer“ beigelegt worden.

Politische Nachrichten.

Berlin, den 5. August.

Die Meldungen aus Ostpreußen über das Befinden des Kaisers lauten sehr befriedigend. Die täglichen längeren Ausfahrten sollen auf das Befinden des Kaisers ebenso wohlthätig gewirkt haben, wie der Gebrauch der Heilquellen. — Der Kaiser Franz Josef trifft zum Besuche des Deutschen Kaisers erst am 10. August in Ostpreußen ein. Die Abreise erfolgt am 11. August. Feierlicher Empfang wird bereits vorbereitet. Die Entree wird einen rein persönlichen Charakter haben, da Bismarck erst gegen 15. August, Andraßffy gar nicht kommt. — Der Großfürst Vladimir von Rußland nebst Gemahlin der Großfürstin Maria Paulowna, Herzogin von Mecklenburg, werden morgen aus Petersburg hier eintreffen und im Russischen Hofschloßhotel Wohnung nehmen. Dieselben beabsichtigen in Berlin zwei Tage zu bleiben und abdann nach Mecklenburg weiterzuziehen. Auch der Erbgroß-

herzog und die Erbgroßherzogin von Mecklenburg-Schwerin werden auf der Rückreise nach Schwerin, von Habelberg kommend, an diesem Tage hier erwartet.

— Die „Germania“ verhält sich, wie wir schon erwähnt, gegenüber den neuerdings wieder colportirten Nachrichten über neue Wendungen in den Verhandlungen mit Rom sehr kühl und kritisch und hat damit ohne Zweifel Recht. Das Blatt constatirt, was auch wir wiederholt hervorgehoben haben, daß keine beglaubigten Thatsachen vorliegen, welche beweisen, daß seit dem Rücktritt Falks zur endlichen Beilegung des Culturkampfes seitens der Regierung entschiedene und energische Schritte gemacht wären. Insbesondere wird auch die neue Nachricht der „Agence Havas“ und des „Standard“ von dem Vitzthum des Grafen Ledochowski ganz in Uebereinstimmung mit unsern Mittheilungen als völlig ungläubwürdig zurückgewiesen. Man erwartet von der dauernden Rückkehr des Cultusministers v. Püttamer nach Berlin eine Förderung der Verhandlungen, allein man darf nach wie vor sich nicht einen unmittelbaren bevorstehenden Abschluß derselben vorstellen. Was die von dem Wiener „Correspondenzbureau“ verbreiteten und angeblich bereits so gut wie angenommenen Friedensbedingungen betrifft, die der neue Münchener Nuntius Ronetti überbringen soll, so sind dieselben augenscheinlich eine ganz willkürliche Combination. Zu beachten ist auch, daß das offiziöse „Wiensche Bureau“, das hant mit dem „Correspondenzbureau“ in enger Beziehung steht, diese Nachricht nicht übernommen hat. Die angeblichen Friedensbedingungen, deren Unglaubwürdigkeit auf jeder Zeile des „Correspondenzbureau“ constatirt, lauten: Der neuernannte Nuntius für Bayern, Ronetti, wird die Bestimmungen bezüglich eines modus vivendi zwischen dem Vatican und Deutschland überbringen. Bevor sich derselbe nach München begibt, wird er bald nach seiner Ankunft dorthin, wird er eine Zusammenkunft mit dem Fürsten Bismarck haben. Man versichert, der tragliche modus vivendi sei mit dem Fürsten Bismarck vereinbart worden, und es handle sich nur mehr um die Auswechslung der Unterschriften. Als Grundlagen des modus vivendi bezeichnet man: 1. das Aufheben der Anwendung der Disciplinargesetze unter Annahme des status quo seitens des Vatican bis zur Revision der Maßregeln. 2. Die Rückkehr der Bischöfe und des Clerus auf ihre Sitze, nachdem dieselben versprochen haben werden, sich den rein bürgerlichen Vorschriften zu unterwerfen, welche nicht den canonischen Gesetzen widersprechen. 3. Die unbehinderte Ausübung ihres geistlichen Amtes seitens der Bischöfe und des Clerus gegen das Verprechen derselben, die Ruhe des Staats nicht stören zu wollen. Die beiden Theile würden ein, die Maßregeln zu revidiren, sobald der geeignete Zeitpunkt gekommen sein wird. Die Frage der gegenseitigen diplomatischen Vertretung wird für den Moment bei Seite gelassen. Auser Ledochowski haben noch mehrere andere verbannte Bischöfe, nachdem sie den Rath des Vatican eingeholt, um die Erlaubnis nachgesucht, auf ihre Sitze zurückzukehren zu dürfen. — Diese Grundlagen eines modus vivendi, wie sie vorstehend analysirt sind, würden politisch eine vollständige Capitulation des Staats, den einfachen Gang nach Canossa bedeuten. Daß Fürst Bismarck unter solchen Bedingungen seinen Frieden mit dem Papste machen wird, glaube wer will, wir vernügen es nicht. Ein solcher Friede wäre auch im vollsten Widerspruch mit den Grundsätzen, welche das Schreiben des Kronprinzen an den Papst für einen Ausgleich zwischen dem Staate und dem Vatican aufstellt, wofür Grund- sätze damals von dem Fürsten Bismarck inspirirt sind.

— Angehts der wiederholten Meldungen über einen Ausgleich zwischen Berlin und Rom mag hier einmal das Schreiben des Kronprinzen an den Papst reproducirt werden, das für einen solchen Massenentscheidungsfall die alleinmögliche Directiv stelle. Dasselbe ist vom 10. Juni 1878 datirt und lautet: „Eurer Heiligkeit für die aus Anlaß des Attentats vom 2. d. bewiesene Theilnahme selbst zu danken, ist der Kaiser, mein Herr Vater, leider noch nicht im Stande, gern lasse ich es daher eine meiner Obliegenheiten sein, an seiner Statt Ihnen für den Ausdruck Ihrer freundlichen Stimmung aufrichtig zu danken. Der Kaiser hatte mit Beantwortung des Schreibens Eurer Heiligkeit vom 17. April geäußert

in der Hoffnung, daß vertrauliche Erläuterungen in- zwischen die Möglichkeit gemäßen würden, auf den schriftlichen Ausdruck principielle Gegenstände zu verzichten, welcher sich bei Fortschritt des Schrift- wechsels im Sinne des Schreibens Eurer Heiligkeit vom 17. April nicht vermeiden läßt. Nach Inhalt des letzteren muß ich leider annehmen, daß Eure Heiligkeit die in dem Schreiben meines Herrn Vaters vom 24. März ausgedrückte Hoffnung nicht glauben erfüllen zu können, daß Eure Heiligkeit den Dienern Ihrer Kirche den Gehorsam gegen die Gesetze und gegen die Obrigkeit ihres Landes empfehlen würden. Dem dagegen in Ihrem Schreiben vom 17. April ausgesprochenen Verlangen, die Verfassung und die Gesetze Preußens nach den Satzungen der Römisch- katholischen Kirche abzuändern, wird kein Preussischer Monarch entsprechen können, weil die Unabhängigkeit der Monarchie, deren Wahrung Mir gegenwärtig als ein Erbe Meiner Väter und als eine Pflicht gegen Mein Land obliegt, eine Minderung erliden würde, wenn die freie Bewegung ihrer Gesetzgebung einer außerhalb derselben stehenden Macht untergeordnet werden sollte. Wenn es daher nicht in Meiner und vielleicht auch nicht in Eurer Heiligkeit Macht steht, jetzt einen Principienstreit zu schlichten, der seit einem Jahrtausend in der Geschichte Deutschlands sich mehr als in der anderer Länder fühlbar gemacht hat, so bin Ich doch gern bereit, die Schwierigkeiten, welche sich aus diesem von den Vorfahren übernommenen Conflict für beide Theile ergeben, in dem Geiste der Liebe zum Frieden und der Verschönerung zu behandeln, welcher das Ergebnis Meiner christlichen Ueberzeugungen ist. Unter der Voraussetzung, Mich mit Eurer Heiligkeit in solcher Gerechtigkeit zu begegnen, werde Ich die Hoffnung nicht aufgeben, daß da, wo eine grundsätzliche Verständigung nicht erreichbar ist, doch verlässliche Einigung beider Theile auch für Preußen den Weg zum Frieden eröffnen werde, der anderen Staaten niemals verschlossen war. Genehmigen Eure Heiligkeit den Ausdruck meiner persönlichen Ergebenheit und Verehrung. Friedrich Wilhelm, Kronprinz. Gegengegeben von Bismarck. An S. Heiligkeit den Papst Leo XIII.

— Ein Document, welches Leo XIII. in diesem Augenblicke vorbereitet, bildet, wie von Rom aus gemeldet wird, den Stoff aller Gespräche in den vaticanischen Kreisen. Der Papst widmet demselben jeden Tag mehrere Stunden, wobei er nur den geheimen Kämmerer, Monsignore Boccasi, zum Mitarbeiter hat. Es betrifft dieses Document die Re- gierung der Kirche, soll ihre ganze Organisation und alle Dogmen umfassen und ist bestimmt, der katholischen Welt als Führer zu dienen. Es wird ganz neue Vorschriften für die Bischöfe und den Clerus im Allgemeinen enthalten. Gemüth ist es, daß Leo XIII. sich damit beschäftigt, alle päpstlichen Bullen zu revidiren, zu prüfen und mit Aenderungen zu versehen. Die vorgesehenen Verfügungen derselben sollen dann in eine neue Bulle zusammenge- faßt werden, um die alten zu ersetzen, von denen mehr als eine schon Jahrhunderte alt ist und nicht- besterwengiger noch immer in Kraft steht.

— Die Russische Regierung geht nach Mit- theilung der Petersburger Blätter mit einem Plan um, der nicht dafür spricht, daß die Verhandlungen mit dem Vatican einen günstigen Verlauf nehmen. Man werde in diesem Falle schwerlich gerade jetzt den Klostergeistlichen den Brodloib höher hängen. Gegenwärtig werden Maßregeln betref der Ein- ziehung der Kloster-Reichthümer zu Gunsten des Staates besprochen. Unter diesen Kloster-Reichthümern sind aber nicht etwa die in den einzelnen Klöstern befindlichen Kostbarkeiten, Schätze oder andere Gelder verstanden, sondern die laufenden Einkünfte, die sich jährlich zusammen auf mehr denn drei Millionen Rubel belaufen und welche die Russische Regierung jetzt in ihre eigene Kasse fließen lassen will.

— In Bulgarien hat sich der Fürst Alexander genöthigt gesehen, über nicht weniger als vier Regierungsbereiche den Belagerungszustand zu verhängen. Die Bulgarische Regierung hat sich bereit, die Vertreter der Mächte aufmerksam zu machen, daß diese Verfügung keinerlei politische Bedeutung habe, sondern nur als eine präventive anzusehen sei, nachdem die letzten Zusammenstöße zwischen den Miliz und den sowohl die Bulgaren als Türken Häuser plündernden Banden erörtert waren als An- fangs geglaubt wurde, es auf beiden Seiten Todte